



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/1555, 19/2550

Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2024/2025

§ 1

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 1 Abs. 17 der Verordnung vom 4. Juni 2024 (GVBl. S. 98) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 36 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Satz 3 wird folgender Satz 4 eingefügt:

„⁴Ist in den Fällen der Sätze 1 bis 3 die Mietenstufe der Gemeinde um mehr als zwei Stufen geringer als diejenige des Landkreises, dem die Gemeinde angehört, richtet sich die Ortsklasse des Beamten oder der Beamtin nach der Mietenstufe des Landkreises.“
 - b) Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.
2. Art. 60 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach Satz 4 wird folgender Satz 5 eingefügt:

„⁵Eine rückwirkende Gewährung des Zuschlags für mehr als drei Monate ist nur mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat möglich.“
 - bb) Der bisherige Satz 5 wird Satz 6 und das Wort „Er“ wird durch die Wörter „Der Zuschlag“ ersetzt.
 - cc) Der bisherige Satz 6 wird Satz 7.
 - b) In Abs. 4 werden nach dem Wort „Dienstbehörde“ die Wörter „oder die von ihr durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle“ eingefügt.
3. Art. 60a wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 1 Satz 1 werden die Wörter „mit einem Einstieg in der dritten Qualifikationsebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik sowie in der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik kann“ durch die Wörter „kann beim Einstieg in der dritten Qualifikationsebene in der Fachlaufbahn Naturwissenschaft und Technik oder in der Fachlaufbahn Polizei und Verfassungsschutz mit dem Schwerpunkt Technik“ ersetzt.

- b) In Abs. 2 werden die Sätze 2 bis 4 durch die folgenden Sätze 2 bis 8 ersetzt:
„²Bei der Gewährung kann festgelegt werden, dass er im Fall einer Beförderung verringert wird oder vorzeitig entfällt. ³Der Zuschlag kann für einen Zeitraum von insgesamt zehn Jahren gewährt werden. ⁴Wird der Zuschlag für einen kürzeren Zeitraum gewährt, kann er nach Wegfall in unmittelbarem Anschluss erneut gewährt werden, sofern dies im konkreten Fall im Hinblick auf die anforderungsgerechte Dienstpostenbesetzung weiterhin erforderlich ist. ⁵Der Zuschlag vermindert sich spätestens nach fünf Jahren der tatsächlichen Zahlung um 40 v. H., nach spätestens weiteren drei Jahren um 30 v. H. des dann jeweils gewährten Zuschlagsbetrags. ⁶Art. 6 gilt entsprechend. ⁷Der Zuschlag entfällt bei einem Wechsel des Dienstpostens, wenn für den neuen Dienstposten die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht vorliegen. ⁸Ausnahmen hiervon bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat.“
- c) In Abs. 5 werden nach dem Wort „Dienstbehörde“ die Wörter „oder die von ihr durch Rechtsverordnung bestimmte Stelle“ eingefügt.
4. In Art. 60b Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „bis 4“ durch die Angabe „bis 8“ ersetzt.
5. In Art. 73 Abs. 1 Satz 1 werden die Angabe „96 026,48 €“ durch die Angabe „96 544,90 €“ und die Angabe „113 980,18 €“ durch die Angabe „114 568,04 €“ ersetzt.
6. Art. 108 wird wie folgt geändert:
- a) Abs. 12 wird aufgehoben.
- b) Die Abs. 13 und 14 werden die Abs. 12 und 13.
7. Nach Art. 109 wird folgender Art. 109a eingefügt:

„Art. 109a

Inflationsausgleichszahlungen

(1)¹Berechtigte sowie Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen erhalten eine einmalige Sonderzahlung (Inflationsausgleichs-Einmalzahlung), wenn das Beamten-, Richter- oder Dienstanfängerverhältnis am 9. Dezember 2023 bestanden hat und sie in der Zeit vom 1. August 2023 bis zum 8. Dezember 2023 an mindestens einem Tag Anspruch auf Bezüge hatten. ²Auf die Inflationsausgleichs-Einmalzahlung finden die Vorschriften des Teils 1 entsprechend Anwendung. ³Maßgebend sind die Verhältnisse am 9. Dezember 2023 (Stichtag). ⁴Besteht am Stichtag kein Anspruch auf Bezüge, sind abweichend von Satz 3 die Verhältnisse des letzten Tages mit Anspruch auf Bezüge maßgebend. ⁵Die Höhe der Inflationsausgleichs-Einmalzahlung beträgt für

1. Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen 1 800 €,
2. Anwärter und Anwärterinnen 1 000 € und
3. Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen 600 €.

(2)¹Berechtigte sowie Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen erhalten für die Monate Januar 2024 bis Oktober 2024 (Bezugsmonate) monatliche Sonderzahlungen (Inflationsausgleichs-Monatszahlungen), wenn in dem jeweiligen Bezugsmonat ein Beamten-, Richter- oder Dienstanfängerverhältnis besteht und an mindestens einem Tag Anspruch auf Bezüge bestanden hat. ²Auf die Inflationsausgleichs-Monatszahlungen finden die Vorschriften des Teils 1 entsprechend Anwendung. ³Maßgebend sind jeweils die Verhältnisse am ersten Tag des jeweiligen Bezugsmonats. ⁴Besteht an dem Tag kein Anspruch auf Bezüge, sind abweichend von Satz 3 die Verhältnisse des letzten Tags mit Anspruch auf Bezüge maßgeblich. ⁵Wird ein Beamten-, Richter- oder Dienstanfängerverhältnis im Laufe eines Bezugsmonats begründet, ist auf den ersten Tag des Beginns des Rechtsverhältnisses abzustellen. ⁶Die Höhe der Inflationsausgleichs-Monatszahlungen beträgt für

1. Beamte, Beamtinnen, Richter und Richterinnen 120 €,
2. Anwärter und Anwärterinnen 50 € und
3. Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen 30 €.

(3) Die Inflationsausgleichszahlungen bleiben bei der Gewährung anderer Besoldungsbestandteile unberücksichtigt.

(4) ¹Der Anspruch richtet sich gegen den Dienstherrn, der die Bezüge in den Fällen des Abs. 1 am 9. Dezember 2023 oder in den Fällen des Abs. 2 am letzten Tag des Bezugsmonats mit Anspruch auf Bezüge zu zahlen hat. ²Entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern werden jedem Berechtigten und jedem Dienstanfänger oder jeder Dienstanfängerin insgesamt nur einmal gewährt. ³Bei mehreren Dienstverhältnissen ist für die Begrenzung das Dienstverhältnis maßgeblich, aus dem die laufenden Bezüge gezahlt werden.“

8. Art. 111 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 1 wird die Angabe „Art. 60a und“ gestrichen.
- b) In Nr. 2 wird nach der Angabe „Art. 60b“ die Angabe „und Art. 109a“ eingefügt.

§ 2

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Die ab dem 1. November 2024 geltenden Beträge in den Anlagen 3 und 6 sind um jeweils 200 € und in den Anlagen 4, 5, 7, 8 und 9 sind um jeweils 4,76 v. H. gegenüber dem vorherigen Stand erhöht. ²Die ab dem 1. November 2024 geltenden Beträge der Anlage 10 sind um jeweils 100 € gegenüber dem vorherigen Stand erhöht.“

2. Die Anlagen 3 bis 10 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 3

Besoldungsordnung A**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus		3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A 3	2 638,86	2 690,46	2 742,05	2 793,63	2 845,25	2 896,82	2 948,42	3 000,00		
A 4	2 704,64	2 765,43	2 826,15	2 886,89	2 947,62	3 008,34	3 069,05	3 129,77		
A 5	2 738,69	2 799,08	2 859,53	2 919,93	2 980,36	3 040,80	3 101,24	3 161,67		
A 6	2 806,56	2 872,86	2 939,20	3 005,58	3 071,93	3 138,28	3 204,61	3 270,93		
A 7	2 913,94	2 997,43	3 080,91	3 164,41	3 247,93	3 307,51	3 367,13	3 426,79		
A 8	2 986,50	3 093,47	3 200,49	3 307,46	3 414,48	3 485,80	3 557,10	3 628,44	3 699,76	
A 9	3 123,21	3 237,39	3 351,56	3 465,77	3 579,94	3 658,45	3 736,96	3 815,45	3 893,95	
A 10	3 352,72	3 499,00	3 645,35	3 791,64	3 937,93	4 035,46	4 134,31	4 234,07	4 333,87	
A 11		3 834,40	3 984,30	4 135,58	4 288,95	4 391,16	4 493,43	4 596,66	4 700,95	4 805,20
A 12			4 291,28	4 474,13	4 659,18	4 783,52	4 907,83	5 032,17	5 156,50	5 280,83
A 13				4 974,01	5 175,37	5 309,62	5 443,88	5 578,16	5 712,41	5 846,68
A 14				5 320,13	5 581,25	5 755,38	5 929,49	6 103,57	6 277,69	6 451,79
A 15					6 109,90	6 339,63	6 569,30	6 799,01	7 028,72	7 258,39
A 16					6 734,16	6 999,85	7 265,53	7 531,17	7 796,82	8 062,47

Besoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Besoldungsgruppe	Betrag
B 2	8 398,59
B 3	8 881,24
B 4	9 386,79
B 5	9 966,82
B 6	10 514,52
B 7	11 047,34
B 8	11 602,63
B 9	12 292,15
B 10	14 433,27
B 11	14 985,12

Besoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Besoldungsgruppe	Festbetrag
W 1	5 250,00

Besoldungsgruppe	Stufe		
	1	2	3
	5 Jahre	7 Jahre	
W 2	6 468,46	6 724,34	7 108,10
W 3	7 619,83	7 875,68	8 195,48

Besoldungsordnung C kw**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	2-Jahres-Rhythmus														
C 1 kw	4 110,02	4 241,68	4 373,28	4 504,90	4 638,37	4 772,60	4 906,84	5 041,10	5 175,37	5 309,62	5 443,88	5 578,16	5 712,41	5 846,68	
C 2 kw	4 118,22	4 328,03	4 537,78	4 751,61	4 965,56	5 179,52	5 393,50	5 607,44	5 821,41	6 035,37	6 249,30	6 463,26	6 677,21	6 891,24	7 105,19
C 3 kw	4 498,35	4 739,67	4 981,96	5 224,23	5 466,47	5 708,77	5 951,01	6 193,27	6 435,54	6 677,82	6 920,07	7 162,36	7 404,60	7 646,88	7 889,15
C 4 kw	5 637,99	5 881,50	6 125,07	6 368,60	6 612,16	6 855,67	7 099,22	7 342,70	7 586,26	7 829,80	8 073,34	8 316,86	8 560,43	8 803,95	9 047,48

Anlage 4

Strukturzulage, Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen

(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)		Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 27 Abs. 2, Abs. 6 Satz 2		264,11
Art. 33 Satz 1	A 9 bis A 13	106,02
	Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in A 5	24,36
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	A 3 bis A 5	159,47
	A 6 bis A 9	212,61
	A 10 und höher	265,76
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 4, 5	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	88,26
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	176,56
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3		176,56
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6	als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin	255,15
	als Flugtechniker oder Flugtechnikerin	204,12
Art. 107 Abs. 2 Satz 6		106,02
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 6	3	50 v. H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7
A 7	4	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1	53,16
	3, 4, 6	338,95
A 10	1, Spiegelstrich 1	70,86
	Spiegelstrich 2	141,72
	2	53,16
A 11	2, Spiegelstrich 1	70,86
	Spiegelstrich 2	141,72
A 12	1	70,86
	2	288,96
A 13	1, 3, 7, 12	236,16
	2, 9	344,45
	4 in Verbindung mit Art. 27 Abs. 5 Satz 2	236,16
	10	304,95
A 14	1, 2	288,96
	4, 5	215,39
A 15	1, 3, 4, 5	236,16
	2	196,88
	8	215,39
A 16	1, 7	264,11
	3, Spiegelstrich 1	196,88
	Spiegelstrich 2	157,45
	4	314,85
R 1	1, 3	261,07
	2	130,55
R 2	1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10	261,07
R 3	5, 10, 11	261,07
R 4	6	261,07
R 6	6	261,07
R 7	2	261,07
A 13 kw	2	210,80
	3	236,16
A 14 kw	2	275,48

Anlage 5

Orts- und Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Ortsklasse	Stufe L	Stufe V	Stufe 1	Stufe 2	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I		80,67	319,87	467,30	456,92	547,01
II				500,19		
III			341,76	533,06	484,76	634,91
IV			103,71	363,64	565,93	499,30
V		126,76	385,53	638,88	514,28	724,48
VI						
VII	156,96	156,96	503,39	723,54	529,70	769,93

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10

Der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 erhöht sich für jedes zu berücksichtigende Kind wie folgt:

Ortsklasse	Besoldungsgruppe							
	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9	A 10
I	32,41	28,69	27,71	25,77	22,67	20,60	16,67	10,06
II	34,35	32,23	31,12	28,95	25,47	23,13	18,72	11,29
III	38,16	35,81	34,58	32,15	28,30	25,70	20,79	12,54
IV	42,40	39,78	38,42	35,71	31,44	28,55	23,10	13,93
V	46,59	43,71	42,21	39,24	34,54	31,37	25,37	15,31
VI	50,63	47,50	45,87	42,65	37,54	34,09	27,57	16,64
VII	55,63	52,19	50,41	46,86	41,24	37,45	30,30	18,28

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 6

Auslandsbesoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Grund- gehalts- spanne von - bis	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	Zonen- stufe	Monats- betrag
	2 625,64	2 922,76	3 260,37	3 643,93	4 079,84	4 587,26	5 174,35	5 841,45	6 599,39	7 460,57	8 439,12	9 550,89	10 814,17	12 249,50			
Zonen- stufe																	
1																1	
2																2	
3																3	
4																4	
5																5	
6																6	
7																7	
8																8	
9																9	
10	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI (VI.1, VI.2) zum															10	siehe Verwei- sung
11	Bundesbesoldungsgesetz.															11	
12																12	
13																13	
14																14	
15																15	
16																16	
17																17	
18																18	
19																19	
20																20	

Anlage 7

Stellenzulagen

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1	Höhe Art. 51 Abs. 2
	Höchstbetrag (Betrag in Euro)
Nrn. 1, 4	bis zu 129,68
Nr. 2	bis zu 97,26
Nr. 5	bis zu 48,63
	Vomhundertsatz
Nrn. 3, 7 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	4,7 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe
A 3 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, R 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4, R 2 bis R 4	B 3
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	B 6
B 8 bis B 10, R 8	B 9
	Betrag (in Euro)
Nr. 6	100,00

Anlage 8

Sonstige Zulagen

(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage		Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 57 Abs. 2	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	260,66
	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2 oder R 3	291,79
Art. 57 Abs. 3		7,5 v. H. des Monatsgrundgehalts

Anlage 9

Mehrarbeitsvergütung

(Stundensätze)

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage: Art. 61 Abs. 5 Satz 2		
Mehrarbeit (ohne Schuldienst) Besoldungsgruppen	Betrag in Euro	
A 3 bis A 4	14,81	
A 5 bis A 8	17,52	
A 9 bis A 12	24,05	
A 13 bis A 16	33,14	
Mehrarbeit (im Schuldienst) nach Schularten	Besoldungsgruppen	Betrag in Euro
an Grundschulen und Mittelschulen	A 9 bis A 11	22,38
	ab A 12	27,74
an Realschulen und Sonderschulen	A 9 bis A 12	22,38
	ab A 13	32,86
an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Fachhochschulen	A 9 bis A 12	22,38
	ab A 13	38,44

Anlage 10

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Eingangsam, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt	Grundbetrag
A 3 bis A 4	1 339,33
A 5 bis A 8	1 459,93
A 9 bis A 11	1 513,85
A 12	1 653,44
A 13	1 685,21
A 13 + Zulage gemäß Art. 33 Satz 1	1 720,08

§ 3

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

In Art. 73 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden die Angabe „96 544,90 €“ durch die Angabe „104 135,17 €“ und die Angabe „114 568,04 €“ durch die Angabe „123 431,64 €“ ersetzt.

§ 4

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 16 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) ¹Die ab dem 1. Februar 2025 geltenden Beträge in den Anlagen 3 bis 9 entsprechen einer allgemeinen linearen Erhöhung um 5,5 v. H. gegenüber dem vorherigen Stand. ²Die ab dem 1. Februar 2025 geltenden Beträge der Anlage 10 sind um jeweils 50 € gegenüber dem vorherigen Stand erhöht.“

2. Die Anlagen 3 bis 10 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 3

Besoldungsordnung A

Grundgehaltssätze

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus		3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe									
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A 3	2 784,00	2 838,44	2 892,86	2 947,28	3 001,74	3 056,15	3 110,58	3 165,00		
A 4	2 853,40	2 917,53	2 981,59	3 045,67	3 109,74	3 173,80	3 237,85	3 301,91		
A 5	2 889,32	2 953,03	3 016,80	3 080,53	3 144,28	3 208,04	3 271,81	3 335,56		
A 6	2 960,92	3 030,87	3 100,86	3 170,89	3 240,89	3 310,89	3 380,86	3 450,83		
A 7	3 074,21	3 162,29	3 250,36	3 338,45	3 426,57	3 489,42	3 552,32	3 615,26		
A 8	3 150,76	3 263,61	3 376,52	3 489,37	3 602,28	3 677,52	3 752,74	3 828,00	3 903,25	
A 9	3 294,99	3 415,45	3 535,90	3 656,39	3 776,84	3 859,66	3 942,49	4 025,30	4 108,12	
A 10	3 537,12	3 691,45	3 845,84	4 000,18	4 154,52	4 257,41	4 361,70	4 466,94	4 572,23	
A 11		4 045,29	4 203,44	4 363,04	4 524,84	4 632,67	4 740,57	4 849,48	4 959,50	5 069,49
A 12			4 527,30	4 720,21	4 915,43	5 046,61	5 177,76	5 308,94	5 440,11	5 571,28
A 13				5 247,58	5 460,02	5 601,65	5 743,29	5 884,96	6 026,59	6 168,25
A 14				5 612,74	5 888,22	6 071,93	6 255,61	6 439,27	6 622,96	6 806,64
A 15					6 445,94	6 688,31	6 930,61	7 172,96	7 415,30	7 657,60
A 16					7 104,54	7 384,84	7 665,13	7 945,38	8 225,65	8 505,91

Besoldungsordnung B**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Besoldungsgruppe	Betrag
B 2	8 860,51
B 3	9 369,71
B 4	9 903,06
B 5	10 515,00
B 6	11 092,82
B 7	11 654,94
B 8	12 240,77
B 9	12 968,22
B 10	15 227,10
B 11	15 809,30

Besoldungsordnung W**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Besoldungsgruppe	Festbetrag
W 1	5 538,75

Besoldungsgruppe	Stufe		
	1	2	3
	5 Jahre	7 Jahre	
W 2	6 824,23	7 094,18	7 499,05
W 3	8 038,92	8 308,84	8 646,23

Besoldungsordnung C kw**Grundgehaltssätze**

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Besol- dungs- gruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
	2-Jahres-Rhythmus														
C 1 kw	4 336,07	4 474,97	4 613,81	4 752,67	4 893,48	5 035,09	5 176,72	5 318,36	5 460,02	5 601,65	5 743,29	5 884,96	6 026,59	6 168,25	
C 2 kw	4 344,72	4 566,07	4 787,36	5 012,95	5 238,67	5 464,39	5 690,14	5 915,85	6 141,59	6 367,32	6 593,01	6 818,74	7 044,46	7 270,26	7 495,98
C 3 kw	4 745,76	5 000,35	5 255,97	5 511,56	5 767,13	6 022,75	6 278,32	6 533,90	6 789,49	7 045,10	7 300,67	7 556,29	7 811,85	8 067,46	8 323,05
C 4 kw	5 948,08	6 204,98	6 461,95	6 718,87	6 975,83	7 232,73	7 489,68	7 746,55	8 003,50	8 260,44	8 517,37	8 774,29	9 031,25	9 288,17	9 545,09

Anlage 4

Strukturzulage, Amtszulagen und Zulagen für besondere Berufsgruppen

(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage (BayBesG, Bayerische Besoldungsordnungen)		Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 27 Abs. 2, Abs. 6 Satz 2		278,64
Art. 33 Satz 1	A 9 bis A 13	111,85
	Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in A 5	25,70
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1	A 3 bis A 5	168,24
	A 6 bis A 9	224,30
	A 10 und höher	280,38
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 4, 5	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	93,11
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	186,27
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3		186,27
Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6	als Hubschrauberführer oder Hubschrauberführerin	269,18
	als Flugtechniker oder Flugtechnikerin	215,35
Art. 107 Abs. 2 Satz 6		111,85
Besoldungsgruppe	Fußnote	
A 6	3	50 v. H. des Unterschiedsbetrags zwischen dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 6 und dem Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe A 7
A 7	4	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrags zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 9	1	56,08
	3, 4, 6	357,59
A 10	1, Spiegelstrich 1	74,76
	Spiegelstrich 2	149,51
	2	56,08
A 11	2, Spiegelstrich 1	74,76
	Spiegelstrich 2	149,51
A 12	1	74,76
	2	304,85
A 13	1, 3, 7, 12	249,15
	2, 9	363,39
	4 in Verbindung mit Art. 27 Abs. 5 Satz 2	249,15
	10	321,72
A 14	1, 2	304,85
	4, 5	227,24
A 15	1, 3, 4, 5	249,15
	2	207,71
	8	227,24
A 16	1, 7	278,64
	3, Spiegelstrich 1	207,71
	Spiegelstrich 2	166,11
	4	332,17
R 1	1, 3	275,43
	2	137,73
R 2	1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10	275,43
R 3	5, 10, 11	275,43
R 4	6	275,43
R 6	6	275,43
R 7	2	275,43
A 13 kw	2	222,39
	3	249,15
A 14 kw	2	290,63

Anlage 5

Orts- und Familienzuschlag

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Ortsklasse	Stufe L	Stufe V	Stufe 1	Stufe 2	zzgl. für das 3. Kind	zzgl. je weiterem Kind
I		85,11	337,46	493,00	482,05	577,10
II				527,70	496,51	623,23
III			360,56	511,42	669,83	
IV		109,41	383,64	597,06	526,76	716,84
V		133,73	406,73	674,02	542,57	764,33
VI		165,59	165,59	531,08	763,33	558,83
VII						

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 3 bis A 10

Der Orts- und Familienzuschlag ab der Stufe 1 erhöht sich für jedes zu berücksichtigende Kind wie folgt:

Ortsklasse	Besoldungsgruppe							
	A 3	A 4	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9	A 10
I	34,19	30,27	29,23	27,19	23,92	21,73	17,59	10,61
II	36,24	34,00	32,83	30,54	26,87	24,40	19,75	11,91
III	40,26	37,78	36,48	33,92	29,86	27,11	21,93	13,23
IV	44,73	41,97	40,53	37,67	33,17	30,12	24,37	14,70
V	49,15	46,11	44,53	41,40	36,44	33,10	26,77	16,15
VI	53,41	50,11	48,39	45,00	39,60	35,96	29,09	17,56
VII	58,69	55,06	53,18	49,44	43,51	39,51	31,97	19,29

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 6

Auslandsbesoldung

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Grund- gehalts- spanne von - bis	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	Zonen- stufe	Monats- betrag
	2 770,05	3 083,51	3 439,69	3 844,35	4 304,23	4 839,56	5 458,94	6 162,73	6 962,36	7 870,90	8 903,27	10 076,19	11 408,95	12 923,22			
Zonen- stufe																	
1																1	
2																2	
3																3	
4																4	
5																5	
6																6	
7																7	
8																8	
9																9	
10	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI (VI.1, VI.2) zum															10	siehe Verwei- sung
11	Bundesbesoldungsgesetz.															11	
12																12	
13																13	
14																14	
15																15	
16																16	
17																17	
18																18	
19																19	
20																20	

Anlage 7

Stellenzulagen

(Monatsbeträge)

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage Art. 51 Abs. 1	Höhe Art. 51 Abs. 2
	Höchstbetrag (Betrag in Euro)
Nrn. 1, 4	bis zu 136,81
Nr. 2	bis zu 102,61
Nr. 5	bis zu 51,30
	Vomhundertsatz
Nrn. 3, 7 Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	4,7 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe
A 3 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, R 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4, R 2 bis R 4	B 3
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	B 6
B 8 bis B 10, R 8	B 9
	Betrag (in Euro)
Nr. 6	100,00

Anlage 8

Sonstige Zulagen

(Monatsbeträge)

- in der gesetzlichen Reihenfolge -

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage		Betrag in Euro, Vomhundertsatz
Art. 57 Abs. 2	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 1	275,00
	bei Ausübung eines Amtes der Besoldungsgruppe R 2 oder R 3	307,84
Art. 57 Abs. 3		7,5 v. H. des Monatsgrundgehalts

Anlage 9

Mehrarbeitsvergütung

(Stundensätze)

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage: Art. 61 Abs. 5 Satz 2		
Mehrarbeit (ohne Schuldienst) Besoldungsgruppen	Betrag in Euro	
A 3 bis A 4	15,62	
A 5 bis A 8	18,48	
A 9 bis A 12	25,37	
A 13 bis A 16	34,96	
Mehrarbeit (im Schuldienst) nach Schularten	Besoldungsgruppen	Betrag in Euro
an Grundschulen und Mittelschulen	A 9 bis A 11	23,61
	ab A 12	29,27
an Realschulen und Sonderschulen	A 9 bis A 12	23,61
	ab A 13	34,67
an Gymnasien, an beruflichen Schulen und an Fachhochschulen	A 9 bis A 12	23,61
	ab A 13	40,55

Anlage 10

Anwärtergrundbetrag

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Eingangsam, in das der Anwärter oder die Anwärterin nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintritt	Grundbetrag
A 3 bis A 4	1 389,33
A 5 bis A 8	1 509,93
A 9 bis A 11	1 563,85
A 12	1 703,44
A 13	1 735,21
A 13 + Zulage gemäß Art. 33 Satz 1	1 770,08

“.

§ 5

Weitere Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

In Art. 73 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch § 4 dieses Gesetzes geändert worden ist, werden die Angabe „104 135,17 €“ durch die Angabe „104 589,55 €“ und die Angabe „123 431,64 €“ durch die Angabe „123 970,22 €“ ersetzt.

§ 6

Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

In Art. 69 Abs. 1 Satz 3 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 5 und 6 des Gesetzes vom 7. Juli 2023 (GVBl. S. 313) und durch § 3 des Gesetzes vom 10. August 2023 (GVBl. S. 495) geändert worden ist, werden nach dem Wort „legen“ die Wörter „ , bei der Bemessung des Waisengeldes nach Art. 40 Abs. 1 die Stufe L oder V nach dem Hauptwohnsitz der Waise“ eingefügt.

§ 7

Weitere Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Nach Art. 114h des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 6 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird folgender Art. 114i eingefügt:

„Art. 114i

Inflationsausgleichszahlungen

(1) ¹Die am 9. Dezember 2023 vorhandenen Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen erhalten eine einmalige Sonderzahlung ausgezahlt, die sich aus einem Betrag von 1 800 € nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrags ergibt. ²Bei Empfängern und Empfängerinnen von Mindestversorgungsbezügen gilt der jeweils maßgebende Mindestruhegehaltssatz.

(2) ¹Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen mit Anspruch auf laufende Versorgungsbezüge erhalten in den Monaten Januar 2024 bis Oktober 2024 (Bezugsmonate) monatliche Sonderzahlungen neben ihren Versorgungsbezügen, die sich aus einem Betrag von 120 € nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrags ergeben. ²Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) ¹Die Inflationsausgleichszahlungen werden jedem Versorgungsempfänger und jeder Versorgungsempfängerin nur einmal gewährt. ²Beim Zusammentreffen mit entsprechenden Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst werden die Inflationsausgleichszahlungen mit der Maßgabe gewährt, dass

1. der Anspruch aus einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis dem Anspruch als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin vorgeht,
2. sich beim Zusammentreffen von Ruhegehalt mit Hinterbliebenenversorgung die Inflationsausgleichszahlungen nach dem Ruhegehalt bemessen und neben dem Ruhegehalt gewährt werden sowie
3. im Übrigen der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger oder als Versorgungsempfängerin dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin vorgeht.

³Im Falle der Gewährung einer Inflationsausgleichszahlung oder einer vergleichbaren Leistung aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin wird diese Zahlung auf die nach den Abs. 1 und 2 zustehenden Inflationsausgleichszahlungen angerechnet. ⁴Soweit die Inflationsausgleichszahlungen

aus einem vorrangigen Rechtsverhältnis geringer sind als die an sich zustehenden Inflationsausgleichszahlungen aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger oder Versorgungsempfängerin, wird der Differenzbetrag auf Antrag beim nachrangigen Rechtsverhältnis ausgezahlt.

(4) ¹Die Inflationsausgleichszahlungen gelten nicht als Teil des Ruhegehalts und bleiben bei der Anwendung von Ruhens-, Anrechnungs- und Kürzungsvorschriften sowie bei Vorschriften über die anteilige Kürzung nach Art. 41 außer Betracht. ²Gleiches gilt für die Inflationsausgleichszahlungen nach Art. 109a BayBesG und für entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst. ³Auf die Inflationsausgleichszahlungen finden die Vorschriften des Teils 1 entsprechend Anwendung.“

§ 8

Weitere Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 52 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 wird die Angabe „164 €“ durch die Angabe „171,81 €“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 wird die Angabe „223 €“ durch die Angabe „233,61 €“ ersetzt.
 - c) In Nr. 3 wird die Angabe „332 €“ durch die Angabe „347,80 €“ ersetzt.
 - d) In Nr. 4 wird die Angabe „413 €“ durch die Angabe „432,66 €“ ersetzt.
 - e) In Nr. 5 wird die Angabe „567 €“ durch die Angabe „593,99 €“ ersetzt.
 - f) In Nr. 6 wird die Angabe „676 €“ durch die Angabe „708,18 €“ ersetzt.
 - g) In Nr. 7 wird die Angabe „814 €“ durch die Angabe „852,75 €“ ersetzt.
 - h) In Nr. 8 wird die Angabe „905 €“ durch die Angabe „948,08 €“ ersetzt.
2. Art. 71 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „3,98 €“ durch die Angabe „4,17 €“ ersetzt.
 - b) Abs. 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nr. 1 wird die Angabe „1,01 €“ durch die Angabe „1,06 €“ ersetzt.
 - bb) In Nr. 2 wird die Angabe „0,75 €“ durch die Angabe „0,79 €“ ersetzt.
3. In Art. 72 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „2,68 €“ durch die Angabe „2,81 €“ ersetzt.
4. In Art. 74 Abs. 1 Satz 2 werden die Angabe „1,98 €“ durch die Angabe „2,07 €“ und die Angabe „1,00 €“ durch die Angabe „1,05 €“ ersetzt.
5. In Art. 117 Satz 1 wird die Angabe „67,76 €“ durch die Angabe „70,99 €“ ersetzt.

§ 9

Weitere Änderung des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes

Das Bayerische Beamtenversorgungsgesetz (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch § 8 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 52 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 1 wird die Angabe „171,81 €“ durch die Angabe „181,26 €“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 wird die Angabe „233,61 €“ durch die Angabe „246,46 €“ ersetzt.
 - c) In Nr. 3 wird die Angabe „347,80 €“ durch die Angabe „366,93 €“ ersetzt.
 - d) In Nr. 4 wird die Angabe „432,66 €“ durch die Angabe „456,46 €“ ersetzt.
 - e) In Nr. 5 wird die Angabe „593,99 €“ durch die Angabe „626,66 €“ ersetzt.
 - f) In Nr. 6 wird die Angabe „708,18 €“ durch die Angabe „747,13 €“ ersetzt.

- g) In Nr. 7 wird die Angabe „852,75 €“ durch die Angabe „899,65 €“ ersetzt.
- h) In Nr. 8 wird die Angabe „948,08 €“ durch die Angabe „1 000,22 €“ ersetzt.
- 2. Art. 71 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „4,17 €“ durch die Angabe „4,40 €“ ersetzt.
 - b) Abs. 6 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nr. 1 wird die Angabe „1,06 €“ durch die Angabe „1,12 €“ ersetzt.
 - bb) In Nr. 2 wird die Angabe „0,79 €“ durch die Angabe „0,83 €“ ersetzt.
- 3. In Art. 72 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „2,81 €“ durch die Angabe „2,96 €“ ersetzt.
- 4. In Art. 74 Abs. 1 Satz 2 werden die Angabe „2,07 €“ durch die Angabe „2,19 €“ und die Angabe „1,05 €“ durch die Angabe „1,11 €“ ersetzt.
- 5. In Art. 117 Satz 1 wird die Angabe „70,99 €“ durch die Angabe „74,89 €“ ersetzt.

§ 10

Änderung des Bayerischen Ministergesetzes

Nach Art. 25e des Bayerischen Ministergesetzes (BayMinG) in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 1102-1-F) veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch § 5 des Gesetzes vom 10. März 2023 (GVBl. S. 80) geändert worden ist, wird folgender Art. 25f eingefügt:

„Art. 25f

Inflationsausgleichszahlungen

Ausgenommen von der Anwendung des Art. 10 Abs. 1 Nr. 4 und des Art. 14 Abs. 4 sind Inflationsausgleichszahlungen nach Art. 109a BayBesG.“

§ 11

Änderung des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes

In Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl. S. 529, BayRS 302-1-J), das zuletzt durch § 6 des Gesetzes vom 10. März 2023 (GVBl. S. 80) geändert worden ist, wird die Angabe „1 502,08 €“ durch die Angabe „1 602,08 €“ ersetzt.

§ 12

Weitere Änderung des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes

In Art. 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Sicherung des juristischen Vorbereitungsdienstes (SiGjurVD) vom 27. Dezember 1999 (GVBl. S. 529, BayRS 302-1-J), das zuletzt durch § 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „1 602,08 €“ durch die Angabe „1 652,08 €“ ersetzt.

§ 13

Änderung des Kommunal-Wahlbeamten-Gesetzes

Das Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz (KWBG) vom 24. Juli 2012 (GVBl. S. 366, 2014 S. 20, BayRS 2022-1-I), das zuletzt durch § 11 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBl. S. 385) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In Art. 45 Abs. 5 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt und nach der Angabe „18“ wird die Angabe „und 109a“ eingefügt.

2. Dem Art. 54 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) ¹Für ehrenamtliche erste Bürgermeister und ehrenamtliche erste Bürgermeisterinnen erhöhen sich zum 1. November 2024 die nach Abs. 1 festgesetzten Entschädigungen und die Rahmensätze der Anlage 3 Nr. 1 um 4,76 v.H. gegenüber dem vorherigen Stand. ²Für Bezirkstagspräsidenten und Bezirkstagspräsidentinnen erhöhen sich zum 1. November 2024 die nach Abs. 1 festgesetzten Entschädigungen und die Höchstbeträge der Anlage 3 Nr. 2 um 200 €. ³Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. ⁴Art. 109a BayBesG gilt für ehrenamtliche erste Bürgermeister und ehrenamtliche erste Bürgermeisterinnen entsprechend.“

3. Dem Art. 55 Abs. 3 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Die Sätze 1 und 2 gelten in Bezug auf Art. 54 Abs. 3 Satz 1 entsprechend.“

§ 14

Weitere Änderung des Kommunal-Wahlbeamten-Gesetzes

Das Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz (KWBG) vom 24. Juli 2012 (GVBl. S. 366, 2014 S. 20, BayRS 2022-1-I), das zuletzt durch § 13 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Art. 45 Abs. 5 werden die Wörter „ , Art. 9 bis 18 und 109a“ durch die Wörter „und Art. 9 bis 18“ ersetzt.
2. Art. 54 Abs. 3 Satz 4 wird aufgehoben.

§ 15

Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch Verordnung vom 5. September 2023 (GVBl. S. 562) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 2 wird die Angabe „55,72 €“ durch die Angabe „58,37 €“ ersetzt.
2. Die Anlagen 1 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1

Lehrzulage

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage			
§ 3 Abs. 1 Satz 1			
	A 3 bis A 5	A 6 bis A 8	ab A 9 und höher
Regellehrverpflichtung von			
mindestens 20 Unterrichtsstunden	64,84	84,29	97,26
mindestens 15 Unterrichtsstunden	48,63	64,84	71,30
mehr als 10 Unterrichtsstunden	32,41	42,14	48,63
Der Höchstsatz der Lehrzulage von 97,26 € gilt für Leiter und Leiterinnen einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen sowie Rechtspraktikanten und Rechtspraktikantinnen bereits ab einer Regellehrverpflichtung von mindestens 17 Unterrichtsstunden.			

Anlage 2

Lehrerfunktionszulage

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Nr. Lehrkräfte - Funktionen

1.	Fachoberlehrer und Fachoberlehrerinnen (ohne Fachhochschulausbildung) in der Besoldungsgruppe A 11	
1.1	als Fachbetreuer oder Fachbetreuerin an einer beruflichen Schule für Fächer, in denen Pflichtunterricht in praktischer Fachkunde, in Fachpraxis, in Schreibtechnik, in Fremdsprachen oder in Musik erteilt wird, wobei die Bestellung zum Fachbetreuer oder zur Fachbetreuerin durch die Ernennungsbehörde verfügt sein muss	64,84
1.2	als zentraler Fachberater oder zentrale Fachberaterin an den Städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München	64,84
2.	Zweite Realschulkonrektoren und Zweite Realschulkonrektorinnen, Realschulkonrektoren und Realschulkonrektorinnen, Realschulrektoren und Realschulrektorinnen, Realschuldirektoren und Realschuldirektorinnen, Zweite Sonderschulkonrektoren und Zweite Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulkonrektoren und Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulrektoren und Sonderschulrektorinnen	
	als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an Realschulen oder Förderschulen	97,26
3.	Studienräte und Studienrätinnen im Förderschuldienst	
3.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	64,84
3.2	als Fachberater oder Fachberaterin für Hör- und Sprachgeschädigte bei den Gesundheitsämtern	64,84
4.	Studienräte und Studienrätinnen, Oberstudienräte und Oberstudienrätinnen	
4.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	64,84
4.2	als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Computereinsatz und Programmieren Unterricht im Fachunterricht	97,26
4.3	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an beruflichen Schulen	97,26
4.4	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Gymnasien	97,26
4.5	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin bei dem oder der Ministerialbeauftragten	97,26
4.6	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin im Regierungsbezirk für den Bereich der beruflichen Schulen (ohne Fachoberschulen und Berufsoberschulen)	97,26
5.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen ¹ , Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen	
	als ständiger stellvertretender Seminarvorstand	64,84/97,26 ²
6.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen ³ , Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen an Gymnasien	
	als Seminarvorstand, soweit kein ständiger stellvertretender Seminarvorstand bestellt ist	64,84/97,26 ²

¹ Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, die als solche ständige Vertreter und Vertreterinnen von Schulleitern oder Schulleiterinnen sind.

² Studiendirektoren und Studiendirektorinnen erhalten eine Zulage von 97,26 €, Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen eine Zulage von 64,84 €.

³ Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, denen die Leitung der Schule übertragen ist.

Anlage 3

Luftfahrtgeräteprüferzulage, Steuerprüferzulage und Justizwachtmeisterzulage

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage		
§ 6		129,68
§ 7	A 6 bis A 8	21,63
	A 9 bis A 13	48,63
§ 7a		83,81

Anlage 4

Erschwerniszulagen

Gültig ab 1. November 2024

Rechtsgrundlage			Betrag in Euro	
je Stunde				
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1		4,02	
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr	5,24	
	Nr. 2		0,80	
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG	1,00	
Nr. 3		5,24		
je Maßnahme				
§ 12	innereuropäische Maßnahme		70,00	
	außereuropäische Maßnahme		100,00	
je Monat				
§ 13	Abs. 1		19,45	
	Abs. 2		58,37	
	Abs. 3		77,82	
§ 14	Satz 1	Nr. 1	317,02	
		Nr. 2, 3	194,51	
	Satz 2		194,51	
§ 14a			173,88	
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	457,11
			ohne Zusatzqualifikation	402,01
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	410,43
			ohne Zusatzqualifikation	355,32
	Abs. 2			58,37
§ 16	Abs. 1		48,63	
	Abs. 2		19,45	
je Stunde				
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1		3,50	
	Nr. 2 Tauchtiefe	bis zu 5 m	14,53	
		mehr als 5 m	17,62	
		mehr als 10 m	21,88	
		mehr als 15 m bis zu 20 m	28,19	
		je weitere 5 m	5,62	
§ 18	Abs. 1	je Einsatz	32,41	
		monatlicher Höchstbetrag	486,21	
	Abs. 2 Satz 1	je Einsatz bis zu	324,21	
	Abs. 3	monatlicher Gesamtbetrag	1 037,44	
	Abs. 4	je Einsatz	19,45	
monatlicher Höchstbetrag		291,81		

§ 16**Weitere Änderung der Bayerischen Zulagenverordnung**

Die Bayerische Zulagenverordnung (BayZulV) vom 16. November 2010 (GVBl. S. 747, BayRS 2032-2-11-F), die zuletzt durch § 15 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 20 Abs. 2 wird die Angabe „58,37 €“ durch die Angabe „61,58 €“ ersetzt.
2. Die Anlagen 1 bis 4 werden wie folgt gefasst:

„Anlage 1

Lehrzulage

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage			
§ 3 Abs. 1 Satz 1			
	A 3 bis A 5	A 6 bis A 8	ab A 9 und höher
Regellehrverpflichtung von			
mindestens 20 Unterrichtsstunden	68,41	88,93	102,61
mindestens 15 Unterrichtsstunden	51,30	68,41	75,22
mehr als 10 Unterrichtsstunden	34,19	44,46	51,30
Der Höchstsatz der Lehrzulage von 102,61 € gilt für Leiter und Leiterinnen einer Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare und Rechtsreferendarinnen sowie Rechtspraktikanten und Rechtspraktikantinnen bereits ab einer Regellehrverpflichtung von mindestens 17 Unterrichtsstunden.			

Anlage 2

Lehrerfunktionszulage

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Nr. Lehrkräfte - Funktionen

1.	Fachoberlehrer und Fachoberlehrerinnen (ohne Fachhochschulausbildung) in der Besoldungsgruppe A 11	
1.1	als Fachbetreuer oder Fachbetreuerin an einer beruflichen Schule für Fächer, in denen Pflichtunterricht in praktischer Fachkunde, in Fachpraxis, in Schreibtechnik, in Fremdsprachen oder in Musik erteilt wird, wobei die Bestellung zum Fachbetreuer oder zur Fachbetreuerin durch die Ernennungsbehörde verfügt sein muss	68,41
1.2	als zentraler Fachberater oder zentrale Fachberaterin an den Städtischen Realschulen der Landeshauptstadt München	68,41
2.	Zweite Realschulkonrektoren und Zweite Realschulkonrektorinnen, Realschulkonrektoren und Realschulkonrektorinnen, Realschulrektoren und Realschulrektorinnen, Realschuldirektoren und Realschuldirektorinnen, Zweite Sonderschulkonrektoren und Zweite Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulkonrektoren und Sonderschulkonrektorinnen, Sonderschulrektoren und Sonderschulrektorinnen	
	als Leiter oder Leiterin eines Seminars für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen an Realschulen oder Förderschulen	102,61
3.	Studienräte und Studienrätinnen im Förderschuldienst	
3.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	68,41
3.2	als Fachberater oder Fachberaterin für Hör- und Sprachgeschädigte bei den Gesundheitsämtern	68,41
4.	Studienräte und Studienrätinnen, Oberstudienräte und Oberstudienrätinnen	
4.1	als Leiter oder Leiterin eines Schülerheims	68,41
4.2	als Landesbeauftragter oder Landesbeauftragte für den Computereinsatz und Programmieren Unterricht im Fachunterricht	102,61
4.3	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an beruflichen Schulen	102,61
4.4	als Seminarlehrer oder Seminarlehrerin an Gymnasien	102,61
4.5	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin bei dem oder der Ministerialbeauftragten	102,61
4.6	als medienpädagogisch-informationstechnischer Berater oder medienpädagogisch-informationstechnische Beraterin im Regierungsbezirk für den Bereich der beruflichen Schulen (ohne Fachoberschulen und Berufsoberschulen)	102,61
5.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen ¹ , Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen	
	als ständiger stellvertretender Seminarvorstand	68,41/102,61 ²
6.	Studiendirektoren und Studiendirektorinnen ³ , Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen an Gymnasien	
	als Seminarvorstand, soweit kein ständiger stellvertretender Seminarvorstand bestellt ist	68,41/102,61 ²

¹ Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, die als solche ständige Vertreter und Vertreterinnen von Schulleitern oder Schulleiterinnen sind.

² Studiendirektoren und Studiendirektorinnen erhalten eine Zulage von 102,61 €, Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen eine Zulage von 68,41 €.

³ Die Zulage erhalten nur Studiendirektoren und Studiendirektorinnen, denen die Leitung der Schule übertragen ist.

Anlage 3

Luffahrtgeräteprüferzulage, Steuerprüferzulage und Justizwachtmeisterzulage

(Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage		
§ 6		136,81
§ 7	A 6 bis A 8	22,82
	A 9 bis A 13	51,30
§ 7a		88,42

Anlage 4

Erschwerniszulagen

Gültig ab 1. Februar 2025

Rechtsgrundlage			Betrag in Euro	
je Stunde				
§ 11 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1		4,24	
		in der Zeit zwischen 20:00 Uhr und 6:00 Uhr	5,53	
	Nr. 2		0,84	
		für Beamte und Beamtinnen mit einer Zulage nach Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 bis 6 BayBesG	1,06	
Nr. 3		5,53		
je Maßnahme				
§ 12	innereuropäische Maßnahme		70,00	
	außereuropäische Maßnahme		100,00	
je Monat				
§ 13	Abs. 1		20,52	
	Abs. 2		61,58	
	Abs. 3		82,10	
§ 14	Satz 1	Nr. 1	334,46	
		Nr. 2, 3	205,21	
	Satz 2		205,21	
§ 14a			183,44	
§ 15	Abs. 1 Satz 1	Nr. 1	mit Zusatzqualifikation	482,25
			ohne Zusatzqualifikation	424,12
		Nr. 2	mit Zusatzqualifikation	433,00
			ohne Zusatzqualifikation	374,86
	Abs. 2		61,58	
§ 16	Abs. 1		51,30	
	Abs. 2		20,52	
je Stunde				
§ 17 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit § 17 Abs. 2 Satz 1	Nr. 1		3,69	
	Nr. 2 Tauchtiefe	bis zu 5 m	15,33	
		mehr als 5 m	18,59	
		mehr als 10 m	23,08	
		mehr als 15 m bis zu 20 m	29,74	
		je weitere 5 m	5,93	
§ 18	Abs. 1	je Einsatz	34,19	
		monatlicher Höchstbetrag	512,95	
	Abs. 2 Satz 1	je Einsatz bis zu	342,04	
	Abs. 3	monatlicher Gesamtbetrag	1 094,50	
	Abs. 4	je Einsatz	20,52	
monatlicher Höchstbetrag		307,86		

“.

§ 17**Inkrafttreten**

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 treten

1. § 1 Nr. 1 und § 6 mit Wirkung vom 1. April 2023,
 2. die §§ 2, 8, 11 und 15 am 1. November 2024,
 3. § 3 am 1. Januar 2025,
 4. die §§ 4, 9, 12 und 16 am 1. Februar 2025 und
 5. die §§ 5 und 14 am 1. Januar 2026
- in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident